

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.  
Jahrgang Nr. 29.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptstadtsamts Meichen.

Postfachkonto: Dresden 1536  
Circuloffice Rieser Nr. 52.

Nr. 46.

Mittwoch, 24. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bemerkung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

## Briand und seine Mehrheit.

Nachdem er sich von dem Värmgeißel, mit dem die Pariser Presse die französischen Forderungen außenpolitischer Art durchdrücken versucht, wuchert unter Decke der nahe Kampf Briands um seine rettende Mehrheit fort. Die Finanzgesetze, die man als den Angelpunkt der französischen Innenpolitik bezeichnen darf, haben in der letzten Zeit ein seltsames Schicksal durchgemacht müssen. Die Kammer hatte den von der Regierung vorgelegten Finanzentwurf kritisch durchgesehen. Sie sprach vier indirekte Steuern im Gesamt-betrag von 885 Millionen Francs und auch die Zahlungs-steuer, die von der Regierung vorgeschlagen war, fand keine Billigung. Inzwischen hat sich die Senatskommission gleichfalls mit dem Steuerproblem befaßt. Nach langem, sehr abwechslungsreichem Debatten fand sie sich bereit, nicht weniger als 4985 Millionen neuer Steuern dem französischen Volke vorzuschlagen, darunter 100 Millionen Alkoholsteuer, 35 Millionen Zehnersteuer, 800 Millionen Tabaksteuer, 50 Millionen Ackersteuer und endlich die Zahlungssteuer im Gesamt-betrag von 2400 Millionen. Die Annahmefreudigkeit, die die Senatskommission bekundete, zeigt sehr deutlich den tiefen Gegensatz zwischen den beiden französischen Parteien. Es ist nun das eifrige Bemühen Briands, diese latente Krise nicht zu einem offenen Konflikt ausbrechen zu lassen, das heißt, er setzt seine Bemühungen fort, neue Mehrheiten zu finden, die seinen Plänen geneigter sein dürfte. Das Plenum des Senats, das sich in den nächsten Tagen mit den Steuerentwürfen seiner Kommission zu beschäftigen haben wird, wird voraussichtlich keine allzu großen Abstriche mehr an der ihm präsentierten Steuerliste vornehmen. Damit wird der Kampf um das Finanzprogramm der Regierung von neuem in der Kammer ausbrechen müssen.

Die Hoffnungen, die Briand auf die Unterstützung der Linksparteien setzte, sind arg enttäuscht worden. Für ihn war es nun das Gegebene, die beschlossene Hilfe in einer anderen Richtung zu suchen. Man muß es diesem gewissen französischen Politiker anerkennen, daß er hierbei sehr geschickt vorging. Die Außenpolitik gestattete ihm, Wege einzuschlagen, die den rechten Parteien außerordentlich sympathisch sind. Man wird nicht zu weit gehen, wenn man behauptet, daß das energische Eintreten Briands im Interesse des polnischen Bundesgenossen in der Hauptsache aus dem Beizwecken entspringt, die nationalen und chauvinistischen Kreise Frankreichs seinem Kabinett geneigter zu machen. Der Erfolg dieser Bemühung ist auch nicht ausgeblieben. So hat dieser Tage einer der maßgebendsten Wortführer der Rechten, der frühere Kriegsminister des Kabinetts Poincaré, Herr Maginot, in einer Rede in Louson erklärt, daß seine Partei bereit sei, Briand im Prinzip ihre Unterstützung auszusprechen. Sollte es Briand also wirklich gelingen, das Steuerprogramm seiner Regierung durchzuführen, so hätte er den Bestand seines Kabinetts für die nächste Zeit gesichert; aber zu einem Preis, der verhältnismäßig hoch ist. Die Finanzkrise würde in einer Rechtslenkung des Kabinetts in seiner Innenpolitik abgeleitet sein. Das ein solcher Kurs sich auch auf die außenpolitische Gestaltung der Dinge bemerkbar machen wird, ist selbstverständlich.

So ganz reibungslos, wie sich Herr Briand die Sache vielleicht vorstellt, wird die Lösung doch nicht erfolgen. Die Linksparteien sind nach wie vor gewillt, energisch gegen die große Steuerbelastung Front zu machen. Sie fragen sich immer noch mit der Hoffnung, daß es ihnen schließlich doch noch gelingen wird, ihren alten Wunsch, ein Kabinett Herriot wieder aufzustellen, durchzuführen. Wenn Briand sich für sich den Antritt im Anspruch nimmt, Locarno geschaffen zu haben, so wird ihm von den Radikalen entgegengehalten, daß er nur das gerneht habe, was ein anderer gerneht hätte. Und dieser andere sei natürlich Herr Herriot. Gerade dieser mehr persönliche Streit hat sich in der letzten Zeit sehr ausgelebt. Zwischen den beiden feindlichen Lagern wurde ein ausgedehnter Briefwechsel über diese Frage geführt, der teilweise eine nicht gerade milde Sprache führte und so dazu beitrug, die Spannung zwischen diesen beiden Politikern zu verstärken. Trotz dieser Widrigkeiten, die sich Briand innenpolitisch entgegenstellen, wäre es verfehlt, zu glauben, daß sein Sturz auch nur im Bereiche der Möglichkeit läge. Es gibt da einige Momente, die Briand sehr geschickt auszunutzen weiß. Wenn er behauptet, daß seine Kabinettskrise in diesem Augenblick die bester Folgen für das Land haben könnte und sehr bedauerlich das Geschehen einer kommenden neuen Inflation an die Wand malt, so werden diese Argumente ihren Eindruck nicht verfehlen. Denn nichts wäre den Radikalen in diesem Augenblick unangenehmer, als die Verantwortung für die Entwicklung der innenpolitischen Dinge zu übernehmen. Schon aus diesem Grund wird man annehmen können, daß es Briand doch gelingen wird, sein Finanzprogramm über alle Klippen hinweg zu reiten und damit seinem Kabinett eine Grundlage zu schaffen, die es ihm gestattet, wenigstens für die nächste Zeit am Leben zu bleiben.

## Die deutschen Vorbereitungen für Genf.

qu. Berlin. Wie wir erfahren, wird das Reichskabinett Anfang der kommenden Woche zu den bevorstehenden Genfer Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund Stellung nehmen und dabei alle Vorbereitungen für die zu erwartenden Verhandlungen treffen. Jeder die Zusammenfassung der deutschen Delegation soll voraussichtlich am kommenden Dienstag Beschluß gefaßt werden. Falls die Frage der Erweiterung der Mitgliedschaft auf der diesmaligen Tagung angeschnitten werden sollte, wird die deutsche Delegation von der Reichsregierung beauftragt werden, eine Erklärung abzugeben, in der der deutsche Standpunkt genau formuliert ist.

## Deutschland und die Kolonialmandate.

Paris. Der sozialistische Abgeordnete Fontanier beschäftigt sich in der Debatte mit Deutschland und den Kolonialmandaten. Der Gedanke, einen volkreichen und industriellen Staat wie Deutschland all seiner Kolonien zu berauben, könne natürlich und logisch nur Männern erscheinen, deren Gefinnung von Gah umnebelt sei, wie etwa Clemenceau oder einem Wortführer der englischen Imperialisten, wie es Lord George gewesen sei. Dieser Gedanke aber sei, nur einen mahnenden Ausdruck zu brauchen, ein scharfes Jernst. Die deutsche Regierung habe unablässig gegen diese Bestimmung des Friedensvertrages protestiert und ihr in anbetradt des Zwanges der Verhältnisse niemals schlichter Protest sei von privaten Vereinigungen wieder aufgenommen worden. Diese hätten seit sechs Jahren einen planmäßigen Feldzug in dem Sinne geführt, daß Deutschland gewinne, wenn nicht alle Kolonien zurückkäufte. In ganz Deutschland sei eine Bewegung entstanden, die ziemlich stark erweise, und man werde sicherlich bald ihre Wirkung sehen, denn es werde wenig Zeit vergehen, bis Deutschland fordern werde, daß man ihm die Ausübung einiger Kolonialmandate übertrage. Man könne sich leicht vorstellen, wie ein derartiger Schritt Deutschlands in gewissen französischen und englischen Kreisen aufgenommen werden würde. Die Frage werde aber nicht durch eine einfache und eindeutige Ablehnung gelöst werden. Wir hoffen, so schreibt Fontanier, daß es den Regierungen der interessierten Mächte möglich sein wird, Lösungen zu finden, die der Gerechtigkeit mehr entsprechen als die bisherige Lösung.

## Der deutsch-polnische Streitfall im Haag.

Haag. (Zusammenfassung.) In der gestrigen Sitzung des internationalen Gerichtshofes begann der Vertreter der deutschen Regierung seine Replik auf die Ausführungen des polnischen Vertreters im oberirdischen Streitfall zwischen Deutschland und Polen. Der deutsche Vertreter hielt hierbei in der Hauptsache den deutschen Standpunkt bezüglich des Waffenstillstandsabkommens von Spa ausdrücklich aufrecht. Polen könne keine Rechte aus dem Abkommen herleiten, da es zurzeit des Zustandekommens dieses Abkommens noch nicht als selbständiger Staat bestanden habe. Ebenso hielt er den Standpunkt aufrecht in der Frage des Kontraktabschlusses zwischen dem deutschen Reich und dem oberirdischen Staat; dieses Abkommen könne keineswegs als fiktiver Handel aufgefaßt werden. Die Sitzung wurde darauf vertagt. Der deutsche Vertreter wird in der heutigen Vormittagsitzung seine Darlegungen fortsetzen.

## Dr. Stresemann wieder in Berlin.

qu. Berlin. Außenminister Dr. Stresemann, der am Dienstag wieder in Berlin eingetroffen ist, hat alsbald nach seiner Rückkehr die Fühlungnahme mit den diplomatischen Kreisen über die strittige Frage des Völkerbundesrates wieder aufgenommen. Der Minister wird am Mittwoch den englischen Botschafter empfangen, der, wie verlautet, im Namen seiner Regierung einige Rückfragen an Dr. Stresemann richten soll. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Feststellung, ob Deutschland dagegen Einwendungen erheben würde, wenn die Frage der Vermehrung der Mitgliedschaft im Herbst zur Verhandlung gelangen sollte.

## Konferenz der Finanzminister.

Dresden. Finanzminister Dr. Lehne und die Ministerialdirektoren Dr. Hedrich und Lorenz haben sich an der heute in Berlin stattfindenden Konferenz der Finanzminister aller deutscher Länder begeben.

## Beipredung der Banken mit dem Reichswirtschaftsminister.

Berlin. Wie wir hören, hatte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gestern in Gegenwart des Reichsministers der Finanzen und des Reichsbankpräsidenten eine Beipredung mit den Vertretern der Banken über die Frage der Entwicklung der Bankzinsen und Provisionen. Der Reichswirtschaftsminister gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in den letzten Tagen bereits die Stempelvereinbarung den Beschluß gefaßt habe, die Debetzinsen um ein Prozent, also auf ein Prozent über Reichsbankfuß, herabzusetzen. Nach dem Verlaufe der Beipredungen ist bestimmt zu erwarten, daß auch die übrigen deutschen Banken sich diesem Beschluß anschließen. Der Reichsbankpräsident hat auch bei diesem Anlaß die baldige Herabsetzung des Lombardfußes auf ein Prozent über Reichsbankfuß in Aussicht gestellt.

## Abnormalige Unterbrechung der Luftfahrtverhandlungen?

qu. Berlin. In den politischen Kreisen verlautet, daß die Pariser Luftfahrtverhandlungen neuerdings wieder auf einem sehr schwierigen Stadium angelangt sind, und das man unmittelbar vor einer neuen Unterbrechung der Verhandlung stehe, die erst im Laufe des März zu Ende geführt werden könnte. Weiter wird mitgeteilt, daß augenblicklich von englischer Seite ein Verhandlungsvorschlag eingereicht worden ist, von dessen Annahme es abhängen würde, ob sich die Verhandlungen noch bis zum März hinaus verschieben werden.

## Aus dem Reichstage.

qu. Berlin. Der Reichsausschuß für Verfehrsangelegenheiten beschäftigte sich aus Anlaß eines besonderen Falles mit der Notlage der Waagounbau-Industrie und in Verbindung damit mit der Praxis der Arbeitsvergebung an die Industrie durch die Reichsbahn-Gesellschaft. Nach längerer Aussprache wurde die Weiterberatung der Frage auf nächste Woche vertagt, ohne daß zunächst Beschlüsse gefaßt wurden.

## Der Rechtsauschuß des Reichstags

setzte die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstentümern fort. Der Vorsitzende Abg. Dr. Rahl gab bekannt, daß inzwischen das Sperrgesetz, nach welchem die schwebenden Angelegenheiten bis zur Entscheidung des Reichstags über das Gesetz zu ruhen haben, im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, also wirksam geworden sei.

Der Ausschuss behandelte sodann den § 2 des Kompromiß-Gesetzentwurfs, der die Zuständigkeit des Reichs-sondergerichts für die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstentümern regelt. Danach soll das Reichs-sondergericht u. a. zuständig sein für alle Auseinandersetzungen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht bereits durch ein nach der Staatsumwälzung 1918 erlassenes Gesetz, ergangenes rechtskräftiges Urteil, gefälltes Schiedsurteil, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind. Ein Antrag des Abg. Dr. Barth (Dnat.), daß das Sondergericht nicht zuständig sein soll für bisher unbefristetes oder anerkanntes Privateigentum wurde abgelehnt. Der Abg. Dr. Rosenfeld (Sop.) beantragte die Rückwirkung auch auf endgültig erledigte Auseinandersetzungen. Da der § 2 des Kompromiß-Entwurfs die Rückwirkungsfrage besonders behandelt, wurde dieser Antrag bis dahin zurückgestellt. Im übrigen wurde der § 2 mit seinen einzelnen Zuständigkeitsbestimmungen in erster Lesung vom Ausschuss angenommen. Der § 3 regelt die Fristen, innerhalb welcher Vträge auf Einleitung eines Verfahrens bei den verschiedenen Arten von Streitigkeiten, bei Nichtigkeits- und Revisionsklagen usw. gestellt werden müssen. Nach der Annahme des § 3 vertagte der Ausschuss die weiteren Verhandlungen.

## Die Stärke der Besetzungstruppen.

London. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, es verlautet, daß Briand seine Zustimmung zur Verminderung der alliierten Streitkräfte im Rheinland auf 60 000 Mann so gut wie endgültig gegeben habe, wenn auch die Auflassung der französischen Militärs über die Notwendigkeit dieses Schrittes geteilt sei. Der Korrespondent bemerkt, diese Tatsache erliege die in unbestimmter Form vorgebrachte Idee eines französisch-deutschen Kompromisses, wonach für Zustimmung Deutschlands zur Gewährung eines künftigen Mitglieds an Polen, Frankreich der vollständigen Klärung der Rheinlande noch in diesem Jahre zustimmen werde.

## Angriffe gegen die Reichsbahn-Gesellschaft.

qu. Berlin. Gegen die Reichsbahn-Gesellschaft wird von industrieller Seite der schwere Vorwurf erhoben, daß sie ihren Bedarf an Eisenbahnmaterialien zum Nachteil der deutschen Industrie im Ausland bestelle. Darauf ist von Seiten der Reichsbahn-Gesellschaft erwidert worden, die Reichsbahn gebrauche in diesem Jahre etwa 7 Millionen Schwellen. Die deutsche Industrie könne aber nur dreieinhalb Millionen liefern, sodas der Rest im Auslande bestellt werden müsse. Wie wir hierzu erfahren, hat die Aufklärung der Reichsbahn-Gesellschaft in den wirtschaftlichen Kreisen keineswegs beruhigend gewirkt. Vielmehr wird erklärt, daß die deutsche Industrie bei dem Grade ihrer Beschäftigungslosigkeit unbedingt in der Lage sein müsse, die ganzen 7 Millionen Schwellen zu liefern, und das es einer dringenden Nachprüfung bedürfe, ob tatsächlich nur die Hälfte des Bedarfes von deutscher Seite hergestellt werden könne. Man habe den Eindruck, daß die Reichsbahn-Gesellschaft nicht genügend versucht habe, bei ihren Aufträgen die deutsche Industrie in erster Linie zu berücksichtigen.

## Schutz der deutschen Arbeiter.

Zur Zeit finden in Wien Besprechungen statt, die über die Behandlung deutscher und österreichischer Staatsangehöriger auf den beiden Arbeitsmärkten Klarheit schaffen sollen. In der letzten Zeit haben sich manche Unzutraglichkeiten herausgestellt, die sich für Staatsangehörige der beiden Länder bei der Arbeitsuche im Bereich des anderen Landes ergaben. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in beiden Ländern wird die volle Gewährung einer ungehemmten Freizügigkeit wohl kaum in Frage kommen können. Im Zusammenhang mit diesen Dingen wird man jedoch auch eine andere Frage ansprechen können. Die bevorstehende Frühjahrszeit wird die Landwirtschaft unseres Ostens veranlassen, größere Arbeitereinstellungen vorzunehmen. Im letzten Jahre hatte die Landwirtschaft rund 130 000 Polen, für die Provinz Pommern allein 10 000, herangezogen. Wenn diese ausländischen Arbeitskräfte in der Regel auch zu billigeren Bedingungen zu verpflichten sind, als die deutschen, so müßte es doch dringende Pflicht der Reichsregierung sein, angesichts des ständigen Anwachsens unseres Arbeitslosenheeres dafür sorgen, daß in der Landwirtschaft nur deutsche Arbeiter eingestellt werden. Diese Forderung ist eine Selbstverständlichkeit, über die eigentlich nicht mehr diskutiert werden braucht.